

Wirtschaft/WKÖ/UBIT/Verwaltungsreform

CMC-Masters Club Standpunktdiskussion: "Verwaltungsreform als Chance"

Utl.: UBIT-Obmann Harl lud zur vierten CMC Masters
Club-Standpunktdiskussion mit Franz Fiedler und Hans Jörg
Schelling ins Hotel Sacher =

Wien (OTS/PWK497) - Im Rahmen des CMC Masters Club diskutierten der ehemalige Rechnungshof-Präsident Franz Fiedler und WKÖ-Vizepräsident und Hauptverbandsvorsitzender Hans Jörg Schelling, welche politischen Akzente und Einsparungen notwendig sind, um die "Verwaltungsreform als Chance" für Österreich zu nutzen. Moderator und Gastgeber Alfred Harl, Obmann des Fachverbandes UBIT, betonte in seinen Einführungsworten, dass Einsparungen und reibungsloses Arbeiten das zentrale Thema für die Wohlstandssicherung Österreichs seien. Nur Länder, die schnell und ohne den Ballast unnötiger Bürokratie arbeiten können, werden wirtschaftliche Spitzenpositionen im internationalen Ranking einnehmen. Für Österreich gelte außerdem, dass Wissen und Innovation eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg sind.

Der ehemalige Rechnungshof-Präsident zeigte sich in seinem Eingangsstatement vom fehlenden Strukturreformwillen der heimischen Politik enttäuscht. "Das aktuelle Regierungsprogramm sieht eine grundlegende Staats- und Verwaltungsreform vor", so Franz Fiedler. In der öffentlichen Bürokratie sollten die Verwaltungskosten für Unternehmen bis zum Jahr 2010 um 25 Prozent gesenkt werden. Diese Ambition sei, so Fiedler, bis heute nicht umgesetzt worden. Auch im Gesundheitswesen und in der Schulverwaltung wurden enorme Entlastungspotenziale nicht ausgeschöpft. "Allein im Schulwesen versickern laut **IHS-Studie** 12 Prozent oder rund 800 Millionen Euro unserer Bildungsausgaben in administrativen Strukturen ohne zählbaren Erfolg." Grund dafür sind die zersplitterten Kompetenzen zwischen Bund und Ländern und die fehlende Finanzierung und Lenkung aus einer Hand. "Unsere Verwaltung ist viel zu teuer und zu wenig kosteneffizient." Dabei könnte Österreich laut einer WIFO-Studie aus 2009 bei gleichen Optimierungsmaßnahmen wie der Einheitsstaat Dänemark bis zu drei Milliarden Euro in der Verwaltung - Stichwort Gemeindeförderung - einsparen. Aber was ist dafür notwendig? Neben einem starken Kostenbewusstsein und einer zielgerichteten Aufgabenkritik müssen, so Fiedler, eine Neuordnung der Kompetenzen mit stärkerer Konzentration beim Bund zu Lasten der Länder und eine völlige Neuorientierung des öffentlichen Sektors erfolgen. Zu Gute würde es jedem einzelnen Bürger kommen, dann "die Mehrkosten der Bürokratie zahlt der geduldige Steuerzahler in Österreich", so Fiedler.

Auch Hans Jörg Schelling sprach sich für einen sorgsamen Umgang der Politiker mit den Geldern der Steuerzahler aus, denn bei einer Staatsverschuldung von 73 Prozent ist "die österreichische pro Kopf-Verschuldung bereits knapp so hoch wie in Griechenland." Der Vorstandsvorsitzende des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger erläuterte, dass selbst, wenn es gelingen würde drei Milliarden Euro in der Verwaltung nachhaltig einzusparen, mit diesem Geld Pensionskassen und Zinsendienst bedient werden würden und kein einziger Euro der Schuldentilgung dienen würde. "Wir brauchen strukturelle Reformen, also zuerst eine Bundesstrukturreform und dann die Verwaltungsreform", so Schelling. Hauptproblem seien das Fehlen von ambitionierten Zielen und der in Österreich vorherrschende Feudalföderalismus. "Aber der Föderalismus wird in Österreich nicht zu Ende gedacht: jeder ist für etwas zuständig, aber keiner für etwas verantwortlich." Handwerkliche Kompetenz in Projekt- und Prozessmanagement fehle gänzlich in der Politik. "Ich bin für den großen Wurf in der Strategie und die kleinen Schritte in der Umsetzung", so Schelling weiter. Gerade im Gesundheitswesen gäbe es großes Einsparungspotenzial: knapp 10,5 Prozent des österreichischen BIPs werden für Gesundheit ausgegeben, damit hat Österreich nach der Schweiz und Luxemburg die absolut höchsten Ausgaben. Auf 1000 Einwohner kommen 6,1 Akutbetten, europäischer Schnitt ist 3,4. Die Auslastungsquote liegt bei 78 Prozent - verursacht durch die höchste Zuweisungsrate an Krankenhäuser weltweit. Die Spitäler kosten pro Jahr 11 Milliarden Euro. "In Österreich haben wir ein einrichtungsorientiertes, aber kein versorgungsorientiertes Gesundheitssystem", so Schelling, der zudem darauf verwies, dass Österreich bisher nicht einmal ein nationales Gesundheitsziel hatte. "Es wurde ein Reformprozess aufgesetzt und bis Ende 2011 wird es einen bundeseinheitlichen Konsolidierungsplan für die Krankenkassen geben". Die Länder haben einer bundeseinheitlichen Rahmenplanung, einer bundesländerübergreifende Planung und einheitlichen Versorgungsparametern zugestimmt. "Das ist ein Durchbruch in der föderalen Diskussion", so Schelling. Man dürfe aber nicht vergessen, dass in allen Systemen, ob in Bildung, Gesundheit oder anderen, genug Geld vorhanden ist - es wird nur leider häufig falsch eingesetzt.

Der CMC Masters Club, der Absolventenclub der Certified Management Consultants, dem namhafte österreichische Unternehmensberater und Wirtschaftsexperten angehören, greift im Rahmen der quartalsweise stattfindenden Veranstaltungen aktuelle Wirtschaftsthemen auf und formuliert im Expertenkreis einen Standpunkt sowie Lösungsansätze dazu. (JR)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich
Fachverband Unternehmensberatung und Informationstechnologie (UBIT)
Tel.: 05 90 900-3540
E-Mail: <mailto:ubit@wko.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0097 2011-07-06/10:59

061059 Jul 11

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel.++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at